



Nicht nur Kinder schreiben in der Vorweihnachtszeit in ihren Wunschzettel fein säuberlich auf, was ihnen das Christkind oder der Weihnachtsmann unter den festlich geschmückten Tannenbaum legen soll.

Die 19. Haushaltsrede der BfGTFraktion steht unter dem Motto **WUNSCHZETTEL!**

In 9 Tagen ist Heilig Abend, Weihnachten steht vor der Tür und erst einmal, im Jahre 2004 verabschiedeten wir einen Haushalt für das kommende Jahr noch im Alten. Es war der Wunsch der Verwaltung und aller hier im Rat vertretenen Fraktionen, den Haushalt so früh wie möglich in Geschenkpapier zu verpacken und somit allen Beteiligten rechtzeitig vor dem Fest die Planungssicherheit für das nächste Jahr zu geben. Auf dem Wunschzettel der BfGTFraktion - und wir glauben auch einiger anderer Fraktionen - steht, dass die Einbringung des nächsten Haushaltes bitte sofort nach der Sommerpause erfolgen sollte, sodass ausreichend Zeit für intensive Beratungen zur Verfügung steht.

Aufgrund der überaus guten wirtschaftlichen Situation verzeichnete die Kämmerin in diesem Jahr Rekordeinnahmen und auf ihrem Wunschzettel drückt sich „Hoffnung und zugleich Gewissheit“ aus, dass dies auch in den nächsten Jahren aufgrund guter Konjunktur so weiter geht. Gleichzeitig vertritt sie jedoch die Meinung, dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben im nächsten Jahr wieder öffnen wird und sie der Blick in die Zukunft mit Unsicherheit und Sorgen erfüllen würde.

Rekordeinnahmen und zugleich ein Haushaltsdefizit - Soll das vielleicht heißen, dass der Wunschzettel der Verwaltung für den nächsten Haushalt bereits in Arbeit ist und wir uns auf erneute Rekordausgaben einstellen müssen?

Auf Anfrage der BfGTFraktion prognostizierte die Kämmerin bis Ende 2021 einen Schuldenstand von ca. 195 Million €. Im Klartext: Mehr als eine Verdoppelung unserer jetzigen Verbindlichkeiten von ca. 76 Millionen €.

Frau Lang hielt das für einen „Blick in die Glaskugel“ und war ein bisschen verärgert, dass wir den Ausblick auf den Schuldenstand veröffentlichten. Aber warum denn nicht? Die Bürger unserer Stadt möchten wissen, wohin die Reise geht und wie ihre Steuermittel eingesetzt werden. Der Bürgermeister spricht von einer transparenten Verwaltung und gerade deswegen sollten wir den Bürgern auch reinen Wein einschenken und keine Weihnachtsmärchen erzählen.

Die Kämmerin verwies auf viele Unwägbarkeiten in allen Annahmen, sodass längerfristige exakte Liquiditäts- und damit verbundenen Schuldenstandplanung nicht seriös möglich wäre. In diesem Zusammenhang fragen wir uns aber auch, warum diese Aussagen nicht auch für die Einnahmen gelten sollen! Aber vielleicht sind es ja auch nur Zahlen auf dem Wunschzettel der Verwaltung und die Überraschung folgt dann mit der Bescherung.



Der Bürgermeister rechtfertigt die Rekordinvestitionen teilweise mit den niedrigen Zinsen, doch hat er anscheinend die explodieren Bau- und Planungskosten dabei außer Acht gelassen, die Niedrigzinsen bereits wieder pulverisierten.

Die BfGTFraktion steht uneingeschränkt hinter der Errichtung der 3. Gesamtschule, der Sanierung verschiedener Schulen, dem Erweiterungsbau des Städt. Gymnasiums, Mensaerweiterungen für die OGS, dem Strategiepapier zum Ausbau der Grundschulen und OGS sowie Investitionen in Kitas und Sportanlagen. Die Errichtung der neuen Feuerwehr hätten wir uns anders vorgestellt, tragen die jetzige Lösung jedoch mit Bauchschmerzen mit und sind gespannt, was uns die Sanierung der alten Wache kosten wird.

Wirtschaftliche Verhältnisse können sich innerhalb von kürzester Zeit stark ändern. Wenn sich Maßnahmen dann bereits in der Umsetzung befinden, werden wir sie nicht mehr stoppen können. Wir haben Zweifel daran, dass diese Maßnahmenhäufung mit der personellen Ausstattung zu bewältigen ist. Ein nacheinander Bearbeiten und neu bewerten, halten wir für besser.

Wenn noch nicht einmal klar ist, wie diese notwendigen Investitionen umsetzbar sind, besteht keinerlei Raum für Wünsche im Bereich der Investitionen, die man eigentlich nicht braucht, jedoch trotzdem gerne hätte. Nicht mittragen werden wir deshalb kosmetische Korrekturen, wie z. B. die Umgestaltung des Konrad-Adenauer-Platzes, die Sanierung der Außenfassade der Stadthalle, den Neuanstrich des Theaters, den Brückenneubau im Füchtei oder auch die Millionen für die TWE-Aktivierung zu Lasten unseres öffentlichen Personennahverkehrs, die für uns weiterhin ein Grund sind, den dafür eingestellten Mitteln unsere Zustimmung zu verweigern.

Die Investitionsvorschläge der Verwaltung haben wir ausführlich diskutiert und intern unsere eigene Prioritätenliste aufgestellt. Unsere „Streichvorschläge“ würden ein Volumen von ca. 10-13 Millionen € für die folgenden Jahre ausweisen. Dies, werte Frau Lang, sind für die BfGTFraktion keine „Kleinigkeiten“, aufgrund dessen lt. ihres Appells im Finanzausschuss dem Haushalt trotzdem zugestimmt werden könnte.

Da im letzten Jahr unsere Vorschläge zur Kürzung der Investitionen ohne weitere Diskussionen innerhalb einer halben Minute vom „Tisch gefegt“ wurden, haben wir in diesem Jahr auf die Antragsstellung verzichtet, da die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN zusammen mit dem Bürgermeister diese vermutlich genauso wie im letzten Jahr abgelehnt hätten.

Bei der Einbringung des Haushaltes sprach der Bürgermeister vom Ziel, eine effizientere, schlankere und transparentere Verwaltung zu schaffen.

Aber wie soll eine schlankere Verwaltung realisiert werden, wenn wir seit dem Antritt von Herrn Schulz mit der heutigen Stellenplanerweiterung sage und schreibe ca. 150 neue Stellen geschaffen haben? Frau Unger musste gegen den Widerstand der damaligen Plattform um jede einzelne Stelle kämpfen.



Und heute? Schwarz-Grün scheint von ihren Wunschzielen in Bezug auf eine schlanke Verwaltung weiter denn je entfernt zu sein.

In der Vergangenheit folgte einer Zunahme von Stellen und damit ihrer irgendwann folgenden Besetzung auch immer eine kritische Bewertung der Notwendigkeit des Stellenumfangs. Sogenannte "k.w. – kann wegfallen"-Anmerkungen, machten deutlich, dass jeder Stellenbegründung auch ein denkbar und realistischer Abbau einer Stelle gegenüber stand. Grenzenlose Erweiterungen des Stellenplans erschienen ausgeschlossen. Uns fällt auf, dass aktuelle "k.w.-Vermerke" in den gegenwärtigen Stellenplänen nicht mehr vorkommen und wir fragen die Verwaltung, welche besonderen Gründe dem wohl zu Grunde liegen?

„Bildung hat Vorrang“, so der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede. Doch da wundern wir uns bei allen Stellenneugründungen doch sehr, dass gerade der Fachbereich Bildung keinen Bedarf für Stellenneugründungen angemeldet hat. Es stehen viele Projekte an: z.B. der Bau der 3. Gesamtschule, der Um- und Ausbau der Referenzschule Heidewald und anschließend der weiteren 16 Grundschulen. All diese Projekte müssen zum einen natürlich durch den Fachbereich Hochbau begleitet werden. Allerdings darf auch nicht die schulfachliche Begleitung dieser Projekte unterschätzt oder gar vergessen werden. Beide Fachbereiche müssen ausreichend besetzt sein, so dass sie sich nicht gegenseitig blockieren.

Als „pfiffiger Bürgermeister“, so ein von der Bertelsmann Stiftung bezahlter Referent, setzt Bürgermeister Schulz schwerpunktmäßig auf den Prozess „Digitaler Aufbruch Gütersloh“ unter der Leitung eines Chief Digital Officers. Wir haben bei Besetzung dieser Position Bedenken, dass es sich eher um eine nebulöse Zentralsteuerung handelt, die mal so eben mit dem Glauben eingerichtet wird, alles im Blick zu haben es wird schon laufen. Personalkosten für drei Stellen: 260.000 €. Bis auf Ausgaben für Kekse und Getränke in den Arbeitsgruppen sollen lt. Herrn Schulz vorerst keine weiteren Kosten anfallen. Welche Rolle spielt der Bertelsmann Konzern bzw. wie können wir ihn und die Fachhochschule in den Prozess einbinden?

Die BfGTFraktion verschließt sich keinesfalls dieser langfristigen Aufgabe! Im Gegenteil! Wir werden konstruktiv daran mitarbeiten. Unsere Aufgabe wird es sein, das Augenmaß zu behalten und Schritt und für Schritt voranzugehen. Die Bürger als auch die Mitarbeiter der Verwaltung dürfen im Rahmen von „Smart City“ nicht zum gläsernen Menschen werden und die Privatsphäre sowie der damit verbundene Datenschutz darf keinesfalls außer Acht gelassen werden. Auch auf den Erhalt der Arbeitsplätze ist zu achten und neben der Einbeziehung junger Menschen in einem „U-30-Beirat“ dürfen wir weder unsere Senioren noch die Altersgruppe zwischen 40 und 60 geschweige denn die Menschen mit Handicap bei dieser Mammutaufgabe vergessen.

Die Kämmerin als auch der Bürgermeister legen uns den Haushalt 2018 mit gutem Gewissen vor, der nach Meinung der Verwaltungsspitze aufgrund tatsächlich verlaufender Haushaltsjahre zudem noch zur Gelassenheit beitragen soll. Bei der Einbringung stellte die Kämmerin die Frage, ob dies nun ein guter Haushaltsplan sei und bezeichnete ihn als vertretbar.



Unsere Antwort, werte Frau Kämmerin, sehr geehrter Herr Schulz, lautet jedoch eindeutig NEIN, denn durch Ihre Haushaltsplanung wird erneut das für jeden Privathaushalt geltende Prinzip „Man soll nicht mehr ausgeben, als man einnimmt“ ignoriert und würde uns bei Zustimmung mehr als nur ein schlechtes Gewissen bereiten!

- Unnötige Investitionen für kosmetische Maßnahmen
- Überzogener Stellenausbau in der Verwaltung durch falsche Prioritäten und
- Im Ergebnis trotz Einnahmenrekord ein Defizit und keine Strategie wie langfristig damit umzugehen ist, stattdessen nur kurzfristiges Agieren und Hoffen auf weiterhin sprudelnde Gewerbesteuerereinnahmen.

„Man soll nicht mehr ausgeben als man einnimmt“! In früheren Zeiten hieß es: Wann sollen wir denn sparen, wenn nicht in Jahren guter Einnahmen? An dieses Prinzip der ehemaligen und heute wiederauferstandenen Plattform von CDU und Grünen scheinen sich beiden Fraktionen seit dem Bürgermeisterwechsel bedauerlicherweise nicht mehr zu erinnern oder nicht mehr erinnern zu wollen.

Der Wunschzettel der Verwaltung wurde in den letzten Wochen von allen Fraktionen intensiv diskutiert. Der ein oder andere Wunsch blieb dabei unerfüllt, denn schließlich müssen die zustimmenden Fraktionen von CDU und GRÜNEN ja ihr Gesicht wahren, wenn sie wie im letzten Jahr mit wahrscheinlicher Einstimmenmehrheit den neuen Rekordhaushalt verabschieden werden.

Was steht also als nächstes auf dem Wunschzettel?

Sollte sich die Wirtschaftslage tatsächlich weiter positiv entwickeln und es weiterhin Aufwärts gehen, sollten wir selbstverständlich auch bereit sein, die Wunschzettel der Jugendverbände, Institutionen, Kirchen und Sozialverbände erneut zu prüfen. Wer mehr gekürzt hat, weil er weniger einnahm sollte auch wieder intensiver fördern, wenn die Einnahmen weiter sprudeln. Dies wäre jedoch eine Frage der Prioritätenliste, die bei jeder Fraktion wahrscheinlich anders aussieht.

Sorgen bereitet uns die immer stärkere und intensivere Einbindung des Begriffs „Konzern“.

Hier fragen wir uns, ob die Anlehnung an die Privatwirtschaft für weite Bereiche der Kommune überhaupt tragbar ist und die geforderte, höhere Wirtschaftlichkeit nicht zu guter Letzt zu Lasten der immer wieder propagierten Bürgerbeteiligung geht. Kritiker befürchten z. B. auch, dass die Lenkung des Konzerns der demokratischen Legitimation des Handelns der Gemeindeorgane widerspricht. Auf einem anderen Blatt steht auch noch, wieviel die kommunalpolitische Realität überhaupt mit den Klugheiten aus Lehrbüchern oder mit den Ergebnissen von Unternehmensberatungen zu tun hat. Unserer Meinung nach nicht sehr viel!



Ein „Konzern“ hat die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge immer im Auge und stellt eine zukunftsorientierte Finanzplanung auf. Im Klartext: Eine mittelfristige Finanzplanung, die wir im Haushalt der Stadt Gütersloh bedauerlicherweise nicht mehr entdecken konnten. Die Umsetzung von geplanten Projekten wird in einem Unternehmen aktuellen Verhältnissen angepasst. In schlechten Zeiten können Konzerne im Gegensatz zu Kommunen keine Steuern erhöhen. Es werden Betriebszweige abgestoßen bzw. geschlossen und Mitarbeiter entlassen. Ein Beispiel dafür haben wir leider direkt in unserer Stadt. Campina wird sich, so bedauerlich das ist, aus Gütersloh verabschieden! Als Kommune würden wir so ein emotionsloses Verhalten nicht an den Tag legen, sondern alles in unseren Möglichkeiten stehen tun, um die Arbeitsplätze zu halten. Unsere Beschlüsse in Bezug auf die Gründung der Stadtbuss Gütersloh GmbH haben gezeigt, was uns Arbeitsplätze und somit die Sicherheit unserer Mitarbeiter Wert ist.

Im Rahmen unserer Verteidigung haben wir uns verpflichtet, zum Wohle der Gemeinde und damit meint die BfGT Fraktion auch zum Wohle der Bürger zu handeln. Kommunale Daseinsvorsorge, werde Mitglieder der Verwaltung und des Rates, auch wenn es nicht „konzerngemäß“ ist!

In unserer letzten Haushaltsrede fragten wir den Bürgermeister, wie er einer Verdoppelung der Schulden auf demnächst wahrscheinlich über 200 Millionen € entgegenzutreten wird. Im aktuellen Haushaltsentwurf haben wir dazu leider keine Antwort gefunden und da wir weiterhin nicht dazu beitragen möchten, einen Rekordschuldenberg aufzutürmen, wird die BfGT Fraktion auch mit Blick auf unsere Nachfolgenerationen den Haushalt 2018 ablehnen.

Der Wunsch der Verwaltung und einiger hier im Rat vertretenen Fraktionen war es, mit einer positiven Verabschiedung des Haushaltes 2018 in die Weihnachtsferien zu gehen. Zur Erfüllung dieses Wunsches kann die BfGT Fraktion mit ihrem NEIN zum Haushalt 2018 nicht beitragen.

Es sind halt nicht alle Wünsche erfüllbar und wir wünschen Ihnen trotzdem, dass sich unter ihrem Weihnachtsbaum zu Hause das ein oder andere Geschenk aus ihrem privaten Wunschzettel wiederfinden wird.

Frohe Weihnachten.

BfGT Ratsfraktion
Bürger für Gütersloh e. V.

15. Dezember 2017

Änderungen - je nach Wortbeitrag der anderen Fraktionen - vorbehalten. Es gilt das gesprochene Wort.